

*Globales Recht des Investors ist sein Privileg, „zu investieren, was er will, wo er will, wie er will, und den Profit daraus zu ziehen, den er daraus ziehen will“ (so der Chef der US-Bank American Express, in Le Monde Diplomatique, Juni 2014).*

# Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA & Co - Lizenz zum plündern !

Zur Zeit verhandeln EU und USA in Geheimverhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP). Es würde rund 800 Millionen Menschen betreffen und wäre damit eine der größten Freihandelszonen der Welt. Zusammen mit dem ebenfalls zur Zeit verhandelten Transpazifischen Abkommen (TTP) würde es mehr als die Hälfte des Welthandels umfassen.

Bereits 2014 hatte sich die EU-Kommission mit Kanada auf das Freihandelsabkommen CETA geeinigt, das bereits im Mai 2014 noch vor den Europawahlen verabschiedet werden sollte. Nachdem dies öffentlich bekannt wurde, verhinderte ein länderübergreifender Protest bislang die Verabschiedung. Öffentlichkeit und EU-Parlament wurden erst jetzt über den Inhalt dieses Freibriefs für die Konzerne informiert (!).

**Das Ziel der Freihandelsabkommens ist es weltweit alle Lebensbereiche der kapitalistischen Verwertungs- und Profitlogik zu unterwerfen.**

**Das kommt uns alles sehr bekannt vor:**

Bereits 1995 gab es Geheimverhandlungen der in der OECD zusammengeschlossenen 29 reichsten Industrieländer über ein "Multilaterales Abkommen über Investitionen" (MAI) zum Schutz von Auslandsinvestitionen. Nachdem dies kurz vor Unterschriftsreife durch einen Whistleblower öffentlich bekannt wurde, konnte das Abkommen durch weltweiten Widerstand verhindert werden. Maria Mies nannte dies damals "Ermächtigungsgesetz für die transnationalen Konzerne zum plündern". Dessen Ziele wurden jedoch weiterverfolgt. Die Durchsetzung einer weltweiten Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO scheiterte bislang am Widerstand aus den Entwicklungs- und Schwellenländern des globalen Südens. Daher wurden zunächst vermehrt bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Allein Deutschland hat über 130 (!) bilaterale Freihandelsabkommen mit Investitionsschutzklauseln abgeschlossen. Weltweit gibt es mehr als 3000. Deren Folgen für die Menschen in an-

deren Ländern sind hier in den Metropolen weitgehend unbekannt - es betrifft uns ja nicht?

Was mit TTIP und CETA wirklich auf uns zu kommt lässt sich erahnen, wenn wir uns das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Kanada und Mexiko anschauen. Nicht ohne Grund war der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens NAFTA auch der Beginn des zapatistischen Aufstands in Mexiko. Die folgenden Beispiele sprechen für sich:

- Der US-Konzern Ethyl Corporation verklagte die kanadische Regierung auf 250 Millionen US-Dollar Entschädigung, weil die kanadische Regierung ein Gesetz verabschiedet hatte, das die Beimischung von der giftigen Substanz MMT zu Benzin verbietet. Durch dieses Gesetz sah sich der Konzern um jetzige und künftige Gewinne beraubt, dh „indirekt enteignet“!

- Die US-Firma Metalclad Corp., wollte in San Luis Potossi in Mexiko Giftmüll entsorgen. Weil ein Gutachten vor einer Trinkwasserverseuchung für die benachbarte Bevölkerung warnte, wurde das entsprechende Gebiet zum Umweltschutzgebiet erklärt und die Ablagerung von Giftmüll verboten. Metalclad klagte wegen Enteignung und der Verletzung der NAFTA-Bestimmungen auf 90 Millionen US Dollar, was mehr als das Jahreseinkommen aller mexikanischen Familien ist, die in diesem Gebiet leben!

**Die Zeche zahlt jeweils die Bevölkerung.**

Wesentlicher Bestandteil fast aller Freihandelsabkommen ist der Schutz von Investoren durch Etablierung eines Supersonderrechtes auf Handelsliberalisierung und Garantie zukünftiger privater Investitionsgewinne. Dieses für die Internationalen Konzerne geschaffene "Menschenrecht" geht dann anderen elementaren Menschenrechten vor, und darf nicht durch Verbesserung von sozialen und ökologischen Standards behindert werden. Ansonsten drohen Schadensersatzklagen von internationalen Konzernen in Millionen- oder Milliardenhöhe. Dagegen brauchen Konzerne selbst keinen Schadensersatz für verursachte soziale und ökologische Schäden zu zahlen.

**Grundsätze der Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, die in den meisten dieser Verträge in ähnlicher Weise gelten bzw. zukünftig gelten sollen:**

- "roll-back" Klausel: alle Gesetze und Regeln eines Landes, die der Liberalisierung und Deregulierung noch entgegenstehen, müssen bis zu einem bestimmten Datum (sun-set-time) aufgehoben werden
- "stand-still" - Klausel die unterschreibenden Regierungen verpflichten sich, auch in Zukunft keine neuen Gesetze zu verabschieden, die nicht mit dem Freihandelsabkommen übereinstimmen. Dies bindet auch nachfolgende Regierungen.
- alle nationalen Regelungen zum Schutz von Arbeiter\_innen und Arbeitsplätzen, von "Standorten", Regelungen über Minimallöhne, Umweltschutzgesetze, nationale Menschenrechtsbestimmungen, Verbraucherschutzregeln, wenn sie nicht ausdrücklich von den Regierungen in Fußnoten aus dem Abkommen herausgenommen werden, dürfen die Investitionstätigkeit und Realisierung der Gewinnerwartungen nicht behindern.
- Jeder Investor aus einem Unterzeichnerland kommt automatisch in den Genuss der „günstigsten Bedingungen, die das betreffende Land einem Investor gewährt“.
- Bei Streitfällen haben Investoren das Recht, von dem "Gast"staat vor privaten Schiedsgerichten in geheimer Verhandlung Schadensersatz für Verluste der Investition zu verlangen. Die Entscheidung ist bindend. Andererseits brauchen sie selbst keinen Schadensersatz für verursachte soziale und ökologische Schäden zu zahlen.
- Alle noch nicht privatisierten Staatsunternehmen, wie z.B. Post, Wasser, Energie, Gesundheitsvorsorge, Schulen, Erziehungswesen u.s.w.) müssen ausschließlich nach wirtschaftlichen, das heißt gewinnmaximierenden Gesichtspunkten geführt werden und nicht etwa soziale und ökologische Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen.
- Die Abkommen gelten einmal unterschrieben oft für mindestens 20 Jahre. Daran ist auch jede neue Regierung formal gebunden! Will ein Staat aus dem Vertrag austreten, hat er eine lange Kündigungsfrist oft von mehreren Jahren. Außerdem sind die ausländischen Investitionen in diesem Land dann idR für weitere 15 Jahre geschützt.

Durchgeführt werden die meisten Verfahren durch wenige international operierende große Anwaltskanzleien. 15 davon führen mehr als die Hälfte der Verfahren - ein lukratives Geschäft, denn die Kosten betragen laut OECD durchschnittlich mindestens 8 Mio. Dollar und oft mehr.

Die Folgen dieser Verfahren treffen insbesondere die Bevölkerung im Globalen Süden in "bester kolonialistischer Tradition". Die folgenden Beispiele zeigen auf, wie diese Verfahren in das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und einzelner Staaten eingreifen, und wie dabei die ökologischen, sozialen und demokratischen Rechte der Bevölkerung unter die Räder kommen:

- Philipp Morris klagt gegen Uruguay auf Schadensersatz in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar = 5% BIP von Uruguay oder 1/7 des Staatshaushalts, sowie gegen Australien wegen Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln. Dabei klagt jeweils die Zweigniederlassung des Konzerns, die in dem Land mit dem "günstigsten" bilateralen Freihandelsabkommen ist, in diesem Fall war dies Hongkong (!).
- Ägypten wurde vom privaten Wasserversorger Veolia wegen Anhebung des Mindestlohns von 41 auf 72 € im Monat auf entgangenen Gewinn durch höhere Lohnkosten verklagt. Eine weitere Klage gegen Ägypten gab es wegen der kommunalen Müllentsorgung in Alexandria.



- Verschiedene Konzerne, wie zB Suez, Vivendi, Anglian Water und Aguas de Barcelona u.a. klagten gegen Argentinien, wegen Preiskontrollen zum Schutz der Bevölkerung, die während der schweren Krise 2001/2 für Strom, Gas und Wasser verhängt worden waren. Das Schiedsgericht sprach allein EU-Konzernen 1,2 Mrd. € zu.
- Der texanischen Private Equity Fonds Lone Star versuchte Steuervermeidungstricks gegen Südkorea einzuklagen, aufgrund eines 1976 unterzeichneten Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und Belgien/Luxemburg. Lone Star erwarb im Rahmen der asiatischen Finanzkrise die Korea Exchange Bank. Lone Star verklagte Südkorea vor der internationalen Schiedsstelle ICSID, die der Weltbank angehört, wegen einer

Gewinnschmälernden Kapitalertragssteuer von 10 % beim späteren Weiterverkauf der Bank

- Ecuador wurde zur Zahlung von 2,3 Mrd. an Occidental Petroleum verurteilt. Mit diesem Betrag könnte Ecuador sein Gesundheitssystem für die Hälfte der Bevölkerung ein Jahr lang finanzieren, er entspricht dem jährlichen Einkommen der ärmsten 20% der Bevölkerung - ca. drei Millionen Menschen. Auf Druck der indigenen Amazonasbevölkerung, die seit langem gegen die Öl-Exploration und die damit verbundenen fatalen Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft protestierte, wurde dann die Ölförderung verstaatlicht.

- Kanada wurde vom amerikanischen Öl- und Gasunternehmens Lone Pine Resources Inc. aufgrund des NAFTA-Abkommens auf 250 Mio. Dollar Schadensersatz verklagt. Quebec hatte 2011 ein Fracking-Moratorium verhängt

- Kanada wurde von der US-amerikanischen Entsorgungsfirma S.D. Myers Inc. wegen Verbot des Exports von Giftmülls auf 20 Mio. Dollar entgangenen zukünftigen Gewinn verklagt und schließlich vom Schiedsgericht zum Schadenersatz in Höhe von 4,8 Mio. Dollar verurteilt.

- El Salvador wird aktuell durch den kanadischen Konzern Pacific Rim Corporation wegen einem Bergbaumoratorium für eine Goldmine auf 301 Millionen US-Dollar aufgrund des mittelamerikanischen Freihandelsabkommen CAFTA verklagt. Das Moratorium wurde nach Protesten der Bevölkerung von El Salvador gegen die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Bergbaus durch das dortige Parlament im Jahr 2008 verhängt, da der Abbau die Trinkwasserversorgung für große Teile der Bevölkerung bedroht.

- Eines der dramatischsten Beispiele ist der Fall Agua del Turani gegen Bolivien - Schadenersatz wegen entgangener zukünftiger Gewinne bei der Wasserprivatisierung (ICSID Case No.RB/02/3).

Aufgrund einer Weltbankauflage von 1997 für neue Kredite musste Bolivien die Wasserversorgung der drittgrößten Stadt Cochabamba privatisieren(!). Aguas del Turanis größte Anteilseigner sind das US-Unternehmen Bechtel und die spanische Abengoa. Vertragsinhalt war die Konzession über die Wasserversorgung für 40 Jahre mit einem garantierten Jahresgewinn von 16%(!) und einem gesetzlichen Verbot der Nutzung privater Brunnen und sogar des Sammelns von Regenwasser(!). Die Folge war Protest gegen Preisanstiege in Cochabamba von 50 - 200 %.

Die Regierung verhängte das Kriegsrecht, was insgesamt über 100 Verletzte zur Folge hatte, und versuchte die Proteste mit Hilfe von Polizei und Militär niederzuschlagen. Nach der Ermordung des 17-Jährigen Victor Hugo Danza durch

die Polizeikräfte eskalierte der Protest, so dass sich die Regierung nicht mehr in der Lage sah, die Sicherheit von Aguas del Turani zu garantieren. Der Konzern verließ Bolivien im April 2000, die Konzession wurde zurückgenommen und ein neues Wassergesetz verabschiedet. Daraufhin verlegten die US-amerikanischen und spanischen Anteilseigner ihre Konzernzentrale in die Niederlande, weil zwischen den Niederlanden und Bolivien ein Investitionsschutzabkommen bestand. Sie verklagten Bolivien auf entgangene zukünftige Gewinne in Höhe von 50 Millionen US-Dollar vor dem bei der Weltbank angesiedelten International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID). Das ICSID, tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit, gegen dessen Entscheidung gibt es kein Rechtsmittel.

Erst im Jahre 2006 und vor dem Hintergrund von über Jahre hinweg anhaltender, auch internationaler Proteste gaben Aguas del Turani, bzw. dessen Mutterkonzerne nach, und einigten sich mit Bolivien darauf, dass das Verfahren gegen Zahlung eines Symbolbetrags eingestellt wurde.

- Aktuell klagt Vattenfall gegen die BRD wegen dem Atomausstieg bei AKW Krümel und Brunsbüttel auf 3,7 Mrd. € - ein Skandal sondergleichem. Bereits 2009 hatte Vattenfall mit einer Klage gegen die BRD wegen des Kohlekraftwerks Moorburg in Hamburg 1,4 Mrd. € gefordert und in einem Vergleich dann eine Lockerung der Umweltschutzaufgaben durchgesetzt.

- Die Hälfte der Klagen kommt übrigens von Konzernen aus EU-Staaten, für 40 Klagen sind deutsche Konzerne verantwortlich, darunter u. A. Daimler, Deutsche Bank, Fraport, Siemens und Telekom.

- Zur Erinnerung: Wir haben auch nicht vergessen, dass die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission beim Streik der Transportgewerkschaft in Frankreich in den 90er Jahren die französische Regierung aufgefordert haben, die Blockaden der Streikenden notfalls mit Soldaten zu beenden, da sich Frankreich sonst wegen Behinderung des freien Handels schadenersatzpflichtig machen würde!

Es wird deutlich, dass bereits die vorhandenen Freihandelsabkommen gravierende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen weltweit haben. Mit der Durchsetzung von TTIP, CETA und Co könnte zukünftig u. A. auch jede Kommune in Deutschland betroffen sein, sofern soziale und ökologische Maßnahmen die zukünftigen Gewinnerwartungen kapitalistischer Konzerne beeinträchtigen. Irgend eines dieser Freihandelsabkommen wird der Konzern schon finden, auf welches er seine Klage stützen kann.



Aufgrund der zunehmenden Proteste wird derzeit versucht, dem Widerstand durch kosmetische Veränderungen die Spitze zu brechen. So sollen u. A. auch einzelne Bereiche der Daseinsfürsorge möglicherweise zunächst erst einmal nicht von den Abkommen erfasst werden. Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, dass dies dann später nachverhandelt werden soll.

Lassen wir uns durch diese vernebelnde Propaganda von Konzernen und Bundesregierung, von Gabriel, Merkel & Co, nicht in unserem grundsätzlichen Widerstand gegen TTIP und Co beirren. Denn gerade die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission gehören zu den treibenden Kräften bei der Durchsetzung von TTIP, CETA und Co. Die Freihandelsabkommen sind letztendlich nichts anderes als eine globale Form des Klassenkampfes von oben, und eine neue Form neokolonialistischer Ausbeutung gegenüber den Menschen des globalen Südens.

### **"Wir sind hier weil Ihr unsere Länder zerstört"**

Grundlage für die "Frei"handelsabkommen ist immer die Forderung nach Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen. Der "Schutz" des geistigen Eigentums sorgt dafür, dass die Dritte Welt keine billigen Medikamente mehr für Aidskranke herstellen kann, sondern die Lizenzen von Multis teuer kaufen müssen. Liberalisierung der Dienstleistungen soll weltweit die Öffentliche Daseinsfürsorge, wie Sozialversicherung, Wasser, Strom oder auch Infrastruktur und Verkehrswesen privatisieren – ein gigantisches Geschäft von vielen Hunderten Milliarden Euro für das Kapital.

Gleichzeitig werden die erkämpften Arbeitsbedingungen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Globalisierung auch in den reichen Ländern systematisch verschlechtert. Weltweit leben immer mehr Menschen weit unter der Armutsgrenze. "Frei"handelsabkommen sollen dafür

sorgen, dass nach und nach, alle und alles, Mensch und Natur, zur Ware degradiert und der kapitalistischen Profitmaximierungslogik unterworfen werden soll.

Während alle Grenzen beseitigt werden, die den weltweiten ungehinderten Zugang zu Profit behindern können, und sei es auf Kosten von Leben, Gesundheit, sozialer Rechte und Umwelt, werden um die kapitalistischen Staaten herum immer höhere Zäune gebaut und militärische Flüchtlingsabwehr betrieben, um diejenigen fernzuhalten, die vor den Folgen des kapitalistischen "Erfolgsmodells" fliehen müssen, zu dem es angeblich keine Alternative geben soll.

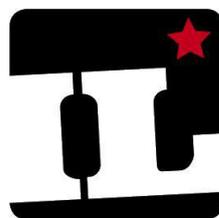
### **Wir wissen aber es gibt nur eine Alternative: make capitalism history.**

Und das ist die gute Nachricht: Der breite Widerstand hat damals das unterschrittsreife MAI-Abkommen verhindert. Wir haben es auch diesmal der Hand TTIP, CETA und Co zu stoppen!

Sie wollen uns weltweit das Recht nehmen, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen selbst zu gestalten. Selbst gewählten bürgerlichen Parlamenten wird zunehmend die Entscheidungskompetenz entzogen.

Wir werden Ihnen das Recht nehmen, alles ihrer Profitlogik zu unterwerfen. Dazu müssen wir den Widerstand verbreitern und verstärken. Unterschriftensammlungen und Aktionstage sind hilfreich aber sicher nicht ausreichend.

Erfolg werden wir erst haben, wenn wir gemeinsam über Grenzen hinweg ihren kapitalistischen Normalbetrieb lahmlegen mit Mitteln des zivilen Massenungehorsams bis zum politischen Streik. Eine Alternative zum kapitalistischen System wird es nur ohne TTIP, CETA und Co geben.



Interventionistische Linke Karlsruhe (iL)

Kontakt: [il-karlsruhe@riseup.net](mailto:il-karlsruhe@riseup.net)

[www.ilkarlsruhe.blogspot.de](http://www.ilkarlsruhe.blogspot.de)

# AKI

Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe

Kontakt: [Info@aki-karlsruhe.de](mailto:Info@aki-karlsruhe.de)

visdP. b.müller, steinstr. 23, 76137 karlsruhe